

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen  
(GESIS-ZUMA), Mannheim,  
Zentrum für Sozialindikatorenforschung,

Heinz-Herbert Noll,

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),  
Zentrales Datenmanagement,

Roland Habich

# Datenreport 2008

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

# 14 Demokratie und politische Partizipation

## 14.1 Teilnahme am politischen und religiösen Leben

Elle Krack-Rohberg  
Karl Weichs

Ein freier und demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mit gestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern. Als Ergänzung zu den Daten der amtlichen Statistik werden deshalb an dieser Stelle auch Daten aus zusätzlichen Quellen angeboten.

### 14.1.1 Wahlen

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei eine zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine gesetzliche Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – auch als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 waren 61,9 Mill. Personen wahlberechtigt. Mit 77,7 % lag die Wahlbeteiligung um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 und 4,5 Prozentpunkte unter der von 1998. Eine ähnlich niedrige Wahlbeteiligung war nur bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 (77,8 %) zu verzeichnen.

Die Wahlbeteiligung lag in acht Ländern über dem Durchschnitt, und zwar in Niedersachsen und im Saarland mit jeweils 79,4 %, in Schleswig-Holstein mit 79,1 %, in Baden-Württemberg, Hessen und in Rheinland-Pfalz mit jeweils 78,7 %, in Nordrhein-Westfalen mit 78,3 % und in Bayern mit 77,9 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 71,0 % und 77,5 %, wobei der niedrigste Wert in Sachsen-Anhalt lag. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. → **Tab. 1**

Während die Wähler mit der Erststimme für 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

Die SPD, die 2005 34,2 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, war bei den Zweitstimmen wie bei der Bundestagswahl 2002 stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002, bei

**Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen**

Wahl	Wahlberechtigte in 1 000	Wahlbeteiligung in %
1949 <sup>1</sup>	31 208	78,5
1953 <sup>1</sup>	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1
1987	45 328	84,3
1990	60 437	77,8
1994	60 452	79,0
1998	60 763	82,2
2002	61 433	79,1
2005	61 871	77,7

Bis 1987 früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), ab 1990 Deutschland.

<sup>1</sup> Ohne Saarland.

der ihr Zweitstimmenanteil 38,5 % betragen hatte, verlor sie jedoch 4,3 Prozentpunkte. Stimmenverluste von 8,8 bis 10,6 Prozentpunkten in den neuen Ländern standen Stimmenverluste von lediglich 0,6 bis 5,7 Prozentpunkten (abgesehen vom Saarland mit 12,7 Prozentpunkten) in den alten Bundesländern – verglichen mit der Bundestagswahl 2002 – gegenüber. Die höchsten Verluste musste die SPD in den Ländern Saarland, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hinnehmen. Die SPD wurde trotzdem – wie bei der Bundestagswahl

2002 – in allen Ländern außer Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg stärkste Partei.

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2005 einen Zweitstimmenanteil von 27,8 %. Sie verlor gegenüber der Bundestagswahl 2002 1,7 Prozentpunkte. Lediglich in den Ländern Schleswig-Holstein (0,4 Prozentpunkte) und Hamburg (0,8 Prozentpunkte) verzeichnete die CDU leichte Gewinne. In allen anderen Bundesländern musste sie Verluste zwischen 0,7 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen und 4,8 Prozentpunkten im Saarland hinnehmen.

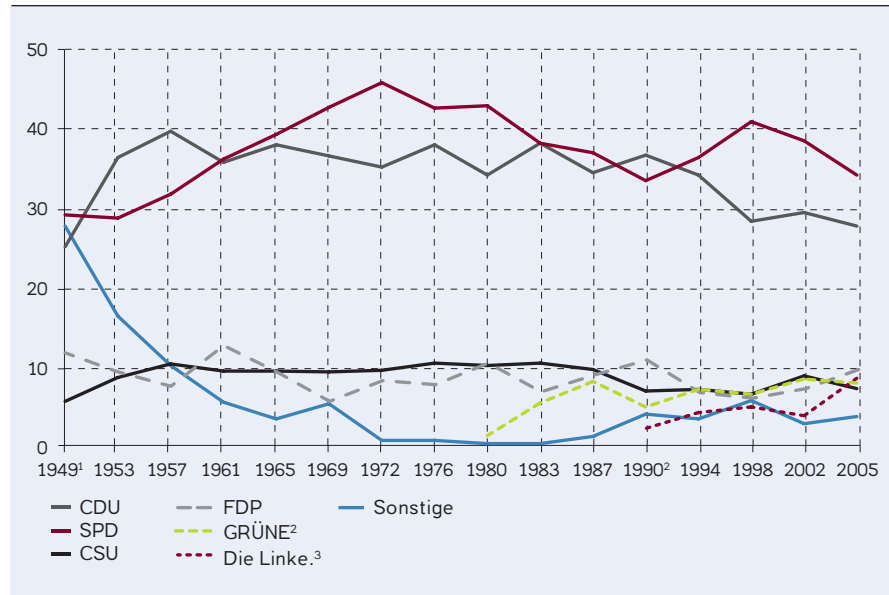
Für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 2005 ein erheblicher Verlust des Zweitstimmenanteils, und zwar von 58,6 % (2002) auf 49,2 % der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2005 nur noch 7,4 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet; ihr Zweitstimmenanteil ging damit gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 1,6 Prozentpunkte zurück.

Die GRÜNEN erhielten 2005 8,1 % aller gültigen Zweitstimmen und verloren damit 0,5 Prozentpunkte an Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2002. Sie hatten aber in sieben Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen, und zwar zwischen 0,1 Prozentpunkten in Niedersachsen und 0,7 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt.

Die FDP erreichte 2005 9,8 % der gültigen Zweitstimmen und damit 2,4 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 2002. Sie gewann in allen Ländern Zweitstimmenanteile zwischen 0,5 Prozentpunkten (in Sachsen-Anhalt) und genau fünf Prozentpunkten (in Bayern) hinzu.

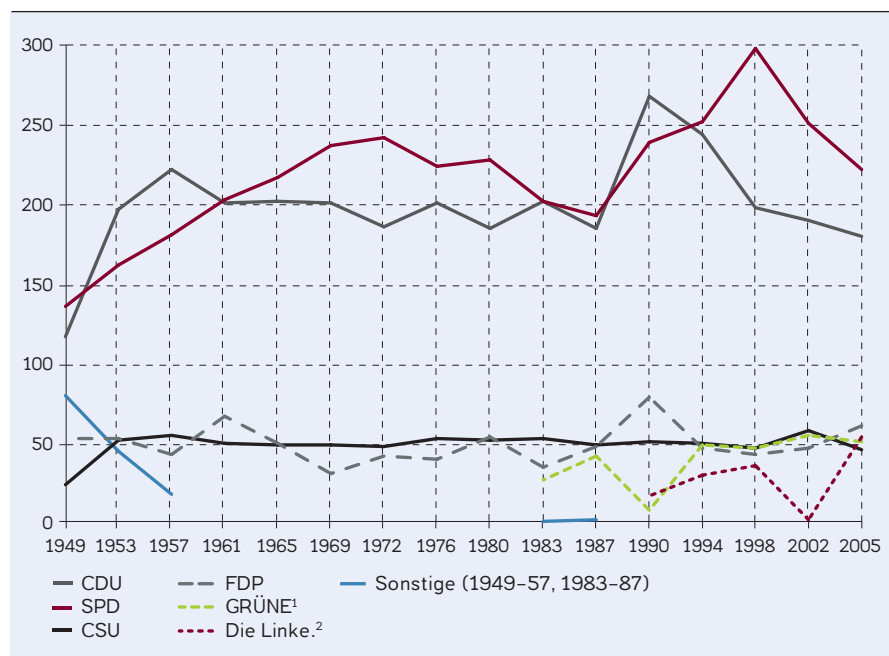
Die Linke. erhielt bei der Bundestagswahl 2005 8,7 % der gültigen Zweitstimmen und schaffte es – anders als 2002 mit einem Zweitstimmenanteil von genau 4 %

**Abb. 1: Stimmanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen, in %**



Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.  
 1 Ohne Saarland.  
 2 Einschl. Bündnis 90/Grüne.  
 3 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

**Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag**



Bis 1987: früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.  
 1 Einschl. Bündnis 90/Grüne.  
 2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

– die Sperrklausel (sog. 5 %-Hürde) zu überwinden. Die Linke. konnte in allen Ländern hinzugewinnen, und zwar zwischen 2,7 Prozentpunkten (in Bayern)

und 17,1 Prozentpunkten (im Saarland). Den zweithöchsten Gewinn verzeichnete sie in Sachsen-Anhalt mit 12,2 Prozentpunkten.

Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der großen Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) und die der verbleibenden Parteien (GRÜNE, FDP und Die Linke.) zusammen, ergeben sich für die Koalition 69,4 % und für die verbleibende Opposition 26,6 %. Bei der Bundestagswahl 2002 hatte die Differenz zwischen Koalition (SPD und GRÜNE) und Opposition (CDU, CSU und FDP) 1,2 Prozentpunkte betragen. → **Abb. 1, 2**

Mit der repräsentativen Wahlstatistik, die – seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 – zum zweiten Mal wieder bei einer Bundestagswahl durchgeführt wurde, lässt sich das Wählerverhalten bei einer Bundestagswahl nach Altersgruppen und Geschlecht sowie nach der Struktur der Wähler und Nichtwähler analysieren.

Aus der Untersuchung 2005 geht hervor, dass die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen mit insgesamt 78,1 % geringfügig hinter derjenigen der Männer (78,5 %) zurückblieb. In den Jahren 1953 und 1957 lag sie noch um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; jedoch haben sich die Werte mit der Zeit angeglichen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Wahlbeteiligung der Frauen insgesamt sogar um 0,5 % über der Beteiligung der Männer.

Die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik zeigen, dass die altersspezifischen Abweichungen stärker ausgeprägt waren als die geschlechtsspezifischen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wurde bei den jungen Wählerinnen und Wählern festgestellt. Ab der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen steigt die Wahlbeteiligung mit dem Alter. In der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen gab es mit 85,0 % die höchste Wahlbeteiligung.

→ **Tab. 2**

Auf Grund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland haben die Frauen einen besonderen Einfluss auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 2005 wurden 51,9 % der gültigen Stim-

men von Frauen und 48,1 % von Männern abgegeben. Wie 2002 konnten SPD, CDU, CSU und GRÜNE mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der FDP, der Partei Die Linke. (früher PDS) und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überwog dagegen der Anteil der männlichen Wähler.

Frauen wählen die SPD genauso oft wie die Unionsparteien, Männer eher die Unionsparteien. Während bundesweit die SPD und CDU/CSU mit 34,2 bzw. 35,2 % der Zweitstimmen nur einen Prozentpunkt auseinander lagen, erzielten die Unionsparteien bei den Männern mit 34,8 % 2,0 Prozentpunkte mehr als die SPD. Bei den Frauen lag die SPD mit 35,5 % gleichauf mit den Unionsparteien. → **Abb. 3**

Bei der Bundestagswahl 2005 entsprach die Altersverteilung in der Wählerschaft der SPD in etwa der Altersverteilung der Gesamtwählerschaft. Die Unionsparteien dagegen rekrutierten ihre Wählerschaft überproportional aus den Kreisen älterer Wählerinnen und Wählern; 40,8 % von ihnen waren 60 Jahre und älter. In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten die mittleren Altersgruppen; 28,8 % gehörten zur Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen und 27,8 % zu den 45- bis 59-Jährigen. In der Wählerschaft der FDP – verglichen mit den Wahlberechtigten –

waren junge Wähler überdurchschnittlich vertreten. In der Partei Die Linke. dominierten die 45- bis 59-Jährigen mit 33,3 %. → **Tab. 3**

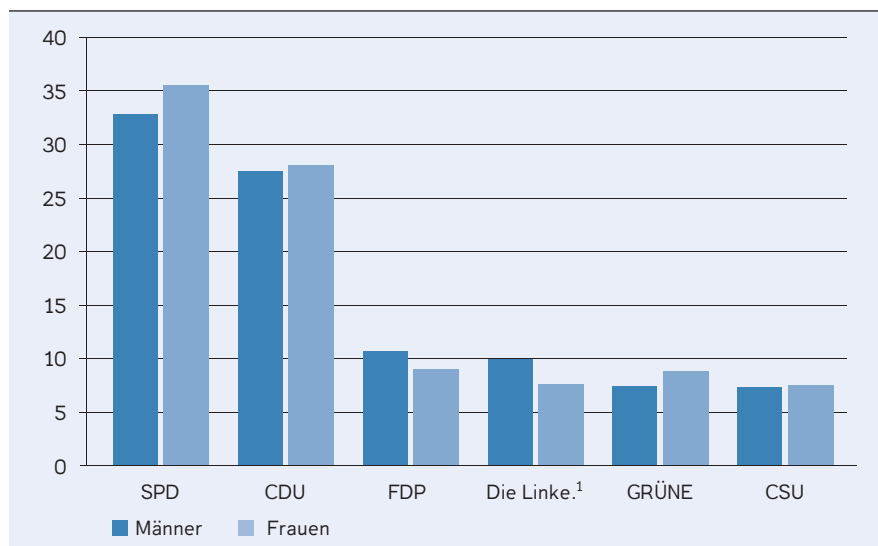
Frauen sind im Deutschen Bundestag noch immer deutlich unterrepräsentiert. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind und der Anteil der weiblichen Abgeordneten in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen ist, stellen sie im 16. Deutschen Bundestag mit 195 Mandaten nur ein Drittel der 614 Abgeordneten. Im 12. Deutschen Bundestag lag der Frauenanteil noch bei rund 20 %. Die GRÜNEN erreichten mit 56,9 % der Abgeordneten den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der Partei Die Linke. (48,1 %), der SPD (36,0 %), der FDP (24,6 %), der CDU (21,1 %) und der CSU (15,2 %). Am 22. November 2005 wurde nach sieben Bundeskanzlern mit Dr. Angela Merkel (CDU) zum ersten Mal eine Frau zur Bundeskanzlerin gewählt.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlaments lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2005 bei 49,3 Jahren. Die Linke. hatte 2005 sowohl die ältesten männlichen Abgeordneten (Durchschnittsalter: 51,9 Jahren) als auch mit durchschnittlich 44,7 Jahren die jüngsten Parlamentarierinnen von allen im Bundestag vertretenen Parteien.

**Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005, nach Geschlecht und Altersgruppen**

Altersgruppen	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	in 1 000	in %				
unter 21	2 385	51,3	48,7	70,0	70,3	69,6
21–24	3 439	50,8	49,2	66,5	66,1	66,9
25–29	4 110	50,7	49,3	70,1	69,0	71,2
30–34	4 104	50,7	49,3	74,5	73,1	75,9
35–39	5 830	50,9	49,1	78,4	77,0	79,9
40–44	6 515	50,8	49,2	79,7	78,8	80,6
45–49	5 843	50,4	49,6	80,2	79,1	81,3
50–59	9 597	49,7	50,3	82,5	81,9	83,1
60–69	9 660	47,8	52,2	85,0	85,5	84,6
70 und mehr	10 387	37,4	62,6	76,7	82,7	73,1
<b>Insgesamt</b>	<b>61 871</b>	<b>47,9</b>	<b>52,1</b>	<b>78,3</b>	<b>78,5</b>	<b>78,1</b>

**Abb. 3: Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 2005, in %**



<sup>1</sup> Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

**Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2005, nach Altersgruppen**

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wähler/-innen im Alter von ... Jahren				
	18–24	25–34	35–44	45–59	60 und mehr
SPD	8,8	11,8	20,3	26,2	32,9
CDU	6,0	10,2	17,8	24,6	41,5
CSU	6,9	11,9	18,6	24,4	38,2
GRÜNE	11,0	16,5	28,8	27,8	16,0
FDP	9,3	16,4	20,6	24,1	29,6
Die Linke. <sup>1</sup>	7,3	10,5	20,4	33,3	28,6
Sonstige	14,3	17,9	24,7	23,5	19,6
dar.: NPD	20,2	19,9	22,9	21,6	15,4
dar.: REP	12,3	18,8	26,9	25,0	17,0
<b>Insgesamt</b>	<b>8,2</b>	<b>12,3</b>	<b>20,4</b>	<b>26,0</b>	<b>33,1</b>

<sup>1</sup> Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

### Landtagswahlen

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Schleswig-Holstein mit 66,5 % erreicht; besonders niedrig war sie mit 44,4 % bei der Wahl 2006 in Sachsen-Anhalt. → **Tab. 4**

Allein regiert die CDU im Saarland und in Thüringen, die CSU in Bayern und die

SPD in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg, Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen regiert die CDU gemeinsam mit der FDP und in Bremen die SPD mit den GRÜNEN. Große Koalitionen regieren in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Schleswig-Holstein. In Hamburg regiert die CDU erstmals mit GRÜNE/GAL. In Berlin ist die SPD zum zweiten Mal mit Die Linke. (früher PDS) eine Koalition eingegangen. In Hessen amtiert eine geschäftsführende Regierung (CDU), da nach den letzten Landtagswahlen

2008 noch keine mehrheitsfähige Koalition gebildet werden konnte.

### Europawahlen

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 2004 wurden 732 Abgeordnete (erstmalig auch in den zum 1. Mai 2004 beigetretenen Ländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) gewählt. Wie viele Abgeordnete ein Land vertreten, ergibt sich aus Artikel 190 Abs. 2 des EG-Vertrags. Deutschland stehen danach weiterhin 99 Mandate zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Insgesamt gingen im Juni 2004 rund 160 Mill. Menschen in der EU zur Wahl. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 61,7 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 13. Juni 2004 nur 43 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Dies war ein Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,2 Prozentpunkte gegenüber 1999. Wenn man von Belgien, Luxemburg und Griechenland absieht (in diesen Ländern besteht Wahlpflicht), war die Wahlbeteiligung in Malta mit 82,4 %, in Italien mit 73,1 % (1999: 70,8 %) und in Zypern mit 71,2 % am höchsten, während sie in Estland mit 26,8 %, in Polen mit 20,9 % und in der Slowakei mit 17 % am niedrigsten lag. In zehn der übrigen 24 EU-Staaten war die Wahlbeteiligung höher als in Deutschland. Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 17,9 Prozentpunkte und wurde in Spanien registriert. Zusammenfassend ist festzustellen, dass lediglich in fünf EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 1999 zwischen 1,7 und 14,8 Prozentpunkten gestiegen, in

**Tab. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen**

	Wahl	Wahlbeteiligung	Stimmen				
			CDU/CSU <sup>1</sup>	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke. <sup>2</sup>
in %							
Baden-Württemberg	2006	53,4	44,2	25,2	10,7	11,7	-
Bayern <sup>3</sup>	2003	57,1	60,7	19,6	2,6	7,7	-
Berlin <sup>4</sup>	2006	58,0	21,3	30,8	7,6	13,1	13,4
Brandenburg <sup>4</sup>	2004 <sup>5</sup>	56,4	19,4	31,9	3,3	3,6 <sup>6</sup>	28,0
Bremen	2007 <sup>7</sup>	57,6	25,7	36,7	6,0	16,5	8,4
Hamburg	2008	63,5	42,6	34,1	4,8	9,6 <sup>8</sup>	6,4
Hessen <sup>4</sup>	2008	64,3	36,8	36,7	9,4	7,5	5,1
Mecklenburg-Vorpommern <sup>4</sup>	2006 <sup>9</sup>	59,1	28,8	30,2	9,6	3,4	16,8
Niedersachsen <sup>4</sup>	2008	57,1	42,5	30,3	8,2	8,0	7,1
Nordrhein-Westfalen	2005	63,0	44,8	37,1	6,2	6,2	0,9
Rheinland-Pfalz <sup>4</sup>	2006	58,2	32,8	45,6	8,0	4,6	-
Saarland	2004	55,5	47,5	30,8	5,2	5,6	2,3
Sachsen <sup>4</sup>	2004 <sup>10</sup>	59,6	41,1	9,8	5,9	5,1	23,6
Sachsen-Anhalt <sup>4</sup>	2006	44,4	36,2	21,4	6,7	3,6	24,1
Schleswig-Holstein <sup>4</sup>	2005 <sup>11</sup>	66,5	40,2	38,7	6,6	6,2	0,8
Thüringen <sup>4</sup>	2004	53,8	43,0	14,5	3,6	4,5	26,1

1 CSU nur in Bayern.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

3 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

4 Zweitstimmen.

5 Die DVU erzielte 6,1% der Stimmen.

6 GRÜNE/B 90.

7 Die DVU erzielte 2,7% der Stimmen.

8 GRÜNE/GAL.

9 Die NPD erzielte 7,3% der Stimmen.

10 Die NPD erzielte 9,2% der Stimmen.

11 Der SSW erzielte 3,6% der Stimmen.

allen anderen EU-Staaten jedoch zwischen 0,2 und 17,9 Prozentpunkten gesunken ist. → **Abb. 4**

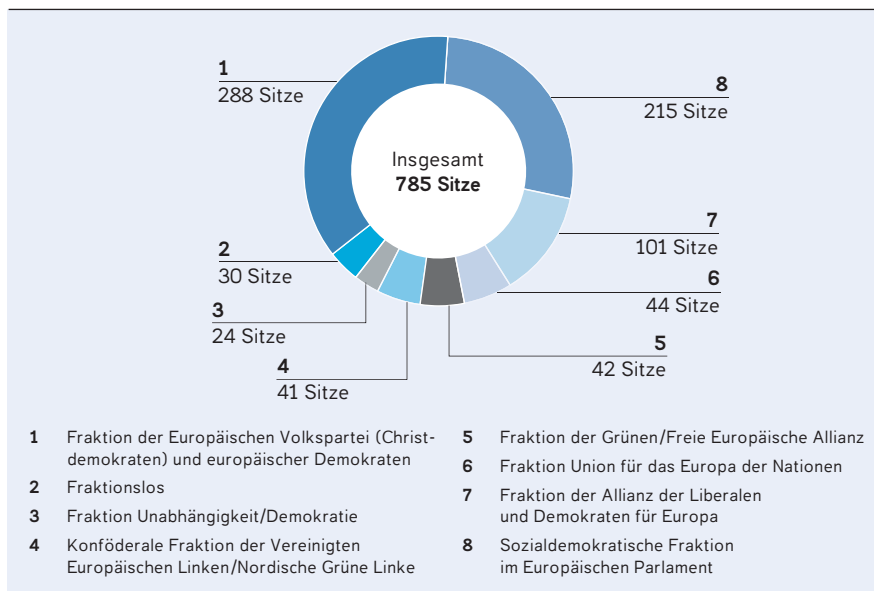
Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielt die

CDU 40, die SPD 23, die CSU 9, die GRÜNEN 13, Die Linke. 7 und die FDP 7 Sitze.

Am 1. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien der EU bei. Dadurch erhöhte

sich die Zahl der Abgeordneten auf 785. Bulgarien hat 18 Sitze und Rumänien 35 Sitze im Europäischen Parlament. In Bulgarien fanden die Wahlen am 20. Mai 2007 und in Rumänien am 25. November 2007 statt.

**Abb. 4: Sitzverteilung im Europäischen Parlament, nach Fraktionen**



- 1 Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
- 2 Fraktionslos
- 3 Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
- 4 Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

- 5 Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
- 6 Fraktion Union für das Europa der Nationen
- 7 Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- 8 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament

Stand: März 2008.

Quelle: Europaparlament.

### 14.1.2 Mitgliedschaft in Parteien

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht:

1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (FDP).

Zu Beginn der 1980er Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft. Bei der Bundestagswahl 2005 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 8,1 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch Die Linke. (früher PDS) im Deutschen Bundestag vertreten. Nur 1998 und 2005 erreichte sie einen Zweitstimmenanteil von über 5 %. 1990, 1994 und 2002 kam sie aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,4 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei.<sup>1</sup> Das entspricht einem Anteil von rund 2,3 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter und es sind rund ein Drittel weniger als 1990.

Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an.

Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 2007 besaßen rund 540 000 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung auf 30,9 % Ende 2007.

Im Unterschied zur katholischen Zentrumspartei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im Dezember 2007 auf 537 000, von ihnen waren 25,4 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 2007 insgesamt 166 000 Mitglieder, darunter 18,8 % weibliche Mitglieder.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete FDP will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die FDP will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 2007 hatte die FDP rund 64 000 Parteimitglieder, davon waren 22,8 % Frauen.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in »Bürgerinitiativen« engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler

Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen. Aus dieser Bewegung sind auch die »grünen« Parteien mit ihren über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als »Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN« zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 2007 bei rund 44 000, etwa 37,3 % der Mitglieder waren Frauen.

»Die Linke.« (früher PDS) hatte Ende 2006 insgesamt 60 000 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei 44,4 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatte Die Linke. bundesweit einen Zweitstimmenanteil von 8,7 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 25,3 %. Bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern lag der Anteil der Partei Die Linke. mit Ausnahme der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (16,8 %) meist deutlich über 20 %. Im Juni 2007 fusionierte »Die Linke.« mit der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei DIE LINKE. Die fusionierte Linke zählte 2007 rund 72 000 Mitglieder, davon waren etwa 39,2 % Frauen.

### 14.1.3 Religiöses Leben

Die Bevölkerung in Deutschland gehört überwiegend einer der beiden christlichen Volkskirchen an, und zwar je zu knapp einem Drittel der katholischen und der evangelischen Konfession. Eine Minderheit von 2,5 % (rund 2 Mill.)<sup>2</sup> bekennt sich zu anderen christlichen Gemeinschaften, z. B. zu einer orthodoxen Kirche

oder zu einer evangelischen Freikirche. Ein weiteres gutes Drittel (34,5 %) der Bevölkerung gehört einer anderen oder keiner Glaubensgemeinschaft an. **i**

Der Anteil der Katholiken ist regional im Süden und Westen Deutschlands überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen. Im Norden überwiegt dagegen die evangelische Bevölkerung.

2006 gehörten in Deutschland knapp 106 000 Menschen einer jüdischen Gemeinde an. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin und Frankfurt am Main.

Durch den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher in Deutschland kaum vertreten waren, so z.B. der Islam, der im Jahr 2005 in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise 3,2 Mill. Anhängerinnen und Anhänger hatte.<sup>3</sup>

### **i** Verhältnis von Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Staatskirche. Bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurde das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in umfassender Weise geregelt, ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes übernommen worden. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Volkskirchen genießen weitgehende Rechte, so z. B. das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben oder auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten Einfluss zu nehmen.

**Tab. 5: Katholische Kirche**

Jahr	Mitglieder	Taufen	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Teilnehmer am sonntäglichen Gottesdienst
in 1000					
1960	24 710	473	214	262	11 895
1970	27 190	370	164	296	10 159
1980	26 720	258	125	288	7 769
1989	26 746	282	113	281	6 092
1990	28 252	300	116	298	6 190
2000	26 817	233	65	269	4 421
2001	26 656	223	54	265	4 248
2002	26 466	213	54	267	4 031
2003	26 165	206	51	274	3 981
2004	25 986	201	49	257	3 849
2005	25 870	196	50	258	3 688
2006	25 685	188	50	253	3 606

Angaben 1960–1989 früheres Bundesgebiet.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

### **Katholische Kirche**<sup>4</sup>

Ende 2006 lebten rund 26 Mill. Katholikinnen und Katholiken in Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit rund 31,2 % und ist seit 1990 (35,4 %) leicht zurückgegangen.

Die katholische Kirche in Deutschland ist in sieben Erzbistümer und 20 Bistümer gegliedert. Die Zahl der Pfarreien und sonstiger Seelsorgestellen betrug 12 521 in 2006. In der Pfarrseelsorge waren in diesem Jahr rund 8 500 Weltpriester und Ordenspriester tätig; ein Pfarrseelsorger betreut im Durchschnitt 3 000 Gläubige. Wegen Priestermangels können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden.

Die Grundstrukturen des katholischen kirchlichen Lebens zeigt die Tabelle 5. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefiern ging im früheren Bundesgebiet zwischen 1960 und 1989 um 5,8 Mill. Besucherinnen und Besucher oder um fast 49 % zurück. 2006 besuchten rund 3,6 Mill. Menschen die Sonntagsmesse. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche ist die Teilnahme an den Eucharistiefiern höher. → **Tab. 5**

Der starke Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen in der katholi-

schen Kirche gegenüber 1960 muss im Zusammenhang mit der allgemeinen Abnahme der Eheschließungen und den geringeren Geburtenzahlen gesehen werden. 2006 wurden laut Geburtenstatistik 253 000 Kinder mit einem oder zwei katholischen Elternteilen geboren und im selben Jahr 188 000 Kinder katholisch getauft. Gemäß Eheschließungsstatistik war bei 162 000 Eheschließungen mindestens ein Ehepartner katholisch, es wurden aber nur 50 000 katholische Trauungen vollzogen. Im selben Jahr sind laut Sterbestatistik 281 000 Katholikinnen und Katholiken verstorben und 253 000 katholische Bestattungen vorgenommen worden.

Zusammenfassend ist die Bereitschaft zur katholischen Taufe – auch wenn hier Taufen nach dem ersten Lebensjahr mitberücksichtigt sind – und zur kirchlichen Bestattung nach wie vor weit verbreitet. Kirchliche Trauungen sind dagegen weniger häufig.

Neben der demografischen Entwicklung wirken sich die Kircheneintritte und -austritte auf die Zahl der Mitglieder aus. Im Jahr 2006 traten rund 84 400 Personen aus der katholische Kirche aus und 16 000 Personen traten ein bzw. wurden wieder aufgenommen.

**Tab. 6: Evangelische Kirche**

Jahr	Mitglieder	Taufen <sup>1</sup>	Trauungen	Kirchliche Bestattungen	Abendmahls-gäste
1963	28 796	476	204	330	7 727
1970	28 378	346	156	369	6 813
1980	26 104	222	94	347	9 056
1989	25 132	252	101	321	9 569
1990	25 156	257	104	327	9 391
2000	26 614	230	70	331	10 722
2001	26 454	224	59	323	10 587
2002	26 211	213	59	323	10 595
2003	25 836	205	56	327	10 687
2004	25 630	204	55	309	10 899
2005	25 386	200	56	311	10 676
2006	25 101	189	55	310	10 678

Ohne evangelische Freikirchen. – Angaben 1963–1990 früheres Bundesgebiet.

1 Ohne Erwachsenentaufen.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) – Referat Statistik, Hannover.

### Evangelische Kirche<sup>5</sup>

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfasste Ende 2006 25,1 Mill. Mitglieder. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 30,5 %. Im Jahre 1990 lag dieser Anteil noch bei rund 36,9 % und ist seitdem kontinuierlich zurückgegangen.

In den 23 Gliedkirchen der EKD waren Ende 2005 insgesamt 22 600 Theologinnen und Theologen im aktiven Dienst tätig. Im Gemeindedienst in Deutschland standen 14 700 Pfarrerinnen und Pfarrer. Auf einen Gemeindepfarrer entfielen damit im Durchschnitt rund 1 700 Kirchenmitglieder, im Jahre 1964 waren es noch durchschnittlich knapp 2 500.

Im Jahre 2006 standen in den Gliedkirchen der EKD 189 000 evangelische Kindertaufen 232 000 Neugeborene mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen gegenüber. Hierbei ist zu beachten, dass die »Spättaufen« eingerechnet sind, d.h. Taufen von Kindern im Alter von ein bis dreizehn Jahren. Im selben Jahr wurden laut Eheschließungsstatistik 165 000 Ehen mit mindestens einem evangelischen Ehepartner geschlossen und 55 000 Trauungen evangelisch vollzogen. Von den gemäß Sterbestatistik 345 000 registrierten Sterbefällen evangelischer Personen wur-

den 338 000 auch evangelisch bestattet. Während die kirchliche Bestattung und die Taufe verbreitet bleibt, wird – wie auch bei den Katholiken – die kirchliche Trauung weniger praktiziert.

Insgesamt nahmen 2006 in der evangelischen Kirche in Deutschland rund 10,7 Mill. Personen an Abendmahlsfeiern in der Kirche und bei Haus- und Krankenabendmahlsfeiern teil. Die Beteiligung am Abendmahl nahm in den westlichen Gliedkirchen von 1972 bis 1985 bedeutend zu und ging danach bis 2006 um 13 % zurück. In den östlichen Gliedkirchen und in Deutschland insgesamt war 1997 bis 2006 nur ein leichter Rückgang der Anzahl der Abendmahlsgäste erkennbar. → Tab. 6

Im Jahr 2006 betrug die Zahl der Kirchengaustritte 122 000. Zum Teil werden diese von den 63 500 Aufnahmen in die evangelische Kirche in 2006 kompensiert, deren Zahl auch Übertritte, Wiederaufnahmen und Erwachsenentaufen beinhalten.

### 14.1.4 Zusammenfassung

Fast bei allen Wahlen war eine abnehmende Wahlbeteiligung festzustellen. Bei

der Bundestagswahl 2005 war die niedrigste Wahlbeteiligung (77,7 %) seit Bestehen der Bundesrepublik zu beobachten. Bei einigen Landtagswahlen ging die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen sogar um über zehn Prozent zurück (z. B. 2006 in Berlin oder Sachsen-Anhalt). Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den unter 30-Jährigen. Bei der letzten Bundestagswahl lag sie bei 68,8 % (Westdeutschland 69,7 %, Ostdeutschland 65,7 %). Die Mitgliederzahl der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahm von 1990 bis 2006 um rund ein Drittel ab. Sie betrug 1990 noch 2,3 Mill., 1995 1,9 Mill., 2000 1,7 Mill. und lag 2007 nur noch bei rund 1,4 Mill.

Nicht nur die Mitgliederzahlen der Parteien nehmen ab. Auch die beiden großen Kirchen verlieren weiter an Mitgliedern. Allerdings sind Taufen und kirchliche Bestattungen nach wie vor weit verbreitet. Dagegen sind kirchliche Hochzeiten seltener geworden. Nur ca. ein Drittel der Eheschließungen, bei denen ein oder beide Partner der Evangelischen oder Katholischen Kirche angehören, fanden in einer Kirche statt.

1 Angaben jüngerer Datums zur Parteimitgliedschaft nach Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, Vorabversion 2008.

2 Zahlen nach Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst e. V. (REMID).

3 Zahlen nach Zentralinstitut Islam-Archiv Deutschland e. V.

4 Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

5 Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland.